

Stand: 25.06.2026 04:28:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/917

"Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/917 vom 28.02.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1794 des WI vom 27.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1981 vom 15.05.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 15.05.2014



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie darüber zu berichten,

1. ob sich die Staatsregierung im Vorfeld der Genehmigung des Szenariorahmens zum Netzentwicklungsplan 2012 in irgendeiner Weise hinsichtlich des künftigen Stromverbrauchs, der Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien sowie zur installierten Leistung einzelner Energieträger in Bayern gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,
2. ob sich die Staatsregierung im Vorfeld der Bestätigungen der Netzentwicklungspläne I und II in irgendeiner Weise hinsichtlich der Notwendigkeit und der Ausgestaltung neuer Höchstspannungsleitungen gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,
3. ob sich die Staatsregierung seit der Übermittlung der bestätigten Netzentwicklungspläne an die Bundesregierung in irgendeiner Weise hinsichtlich der Notwendigkeit und der Ausgestaltung neuer Höchstspannungsleitungen gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,
4. ob sich die Staatsregierung im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesbedarfsplangesetz an irgendeiner Stelle für die grundsätzliche Möglichkeit einer Teilerdverkabelung eingesetzt hat und wenn ja, in welcher Form und mit welchem Inhalt,

5. weshalb die Staatsregierung im Bundesrat dem Antrag des Landes Niedersachsen, in dem eine grundsätzliche Möglichkeit der Teilerdverkabelung bei allen im Bundesbedarfsplangesetz genannten Vorhaben gefordert wird, nicht zugestimmt hat,
6. welchen Inhalt das in der Pressemitteilung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums vom 25. Februar 2014 erwähnte Schreiben des Wirtschaftsministeriums an die Bundesnetzagentur vom 16. Oktober 2013 hatte,
7. welche politischen Rahmenbedingungen sich zwischen dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 16. Oktober 2013 und der Bekanntgabe des Moratoriums beim Stromtrassenbau im Rahmen der Pressekonferenz der Staatskanzleiministerin Haderthauer am 4. Februar 2014 konkret geändert haben, die zum Meinungsumschwung der Staatsregierung geführt haben,
8. inwieweit sich eine Verlangsamung des Tempos beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern auf den Bedarf neuer Höchstspannungsleitungen nach Bayern auswirken würde,
9. aus welchen Regionen in Deutschland überhaupt eine Höchstspannungsleitung nach Bayern möglich wäre, bei der man angesichts eines bundesweiten Anteils der Energieträger Braun- und Steinkohle von 45,2 Prozent an der Bruttostromerzeugung sicherstellen könnte, dass jeglicher Transport von Kohlestrom ausgeschlossen werden kann,
10. wie hoch angesichts der Tatsache, dass der nördliche Anschlusspunkt der Gleichstrompassage Süd-Ost in Sachsen-Anhalt liegt, aktuell der Anteil volatiler Erneuerbarer Energien und der Braunkohle am Stromverbrauch und der Stromerzeugung in Sachsen-Anhalt ist.

### Begründung:

Die Staatsregierung hat im Juni 2013 im Bundesrat für das Bundesbedarfsplangesetz gestimmt. Hinsichtlich der in diesem Gesetz aufgeführten 36 bundesweiten Stromleitungsvorhaben wurde festgestellt, dass sie energiewirtschaftlich notwendig und zur Gewährleistung eines sicheren Netzbetriebs erforderlich wären. Zu diesen 36 Vorhaben gehören auch die Bayern betreffenden Höchstspannungsleitungen von Lauchstädt nach Meitingen („Gleichstrompassage Süd-Ost“) sowie von Wilster nach Grafenrheinfeld („SuedLink“),

die beide in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ-Technik) ausgeführt werden sollen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 04.02.2014 erklärte Staatskanzleiministerin Haderthauer, dass sich das Bayerische Kabinett auf ein Moratorium bei den Planungen für den Bau neuer Höchstspannungsleitungen in Bayern verständigt habe. Noch am 16.10.2013 wurde in einem Schreiben des Bayeri-

schen Wirtschaftsministeriums an die Bundesnetzagentur die Befürchtung geäußert, dass die angebliche Unterdimensionierung der geplanten Stromtrassen, den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden würde. Aufgrund dieser Widersprüche fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen ausführlichen Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden Stromtrassen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/917

**Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 die Worte „im Ausschuss“ durch die Worte „dem Ausschuss“ ersetzt werden.

Berichterstatter: **Thorsten Glauber**  
Mitberichterstatter: **Markus Blume**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 27. März 2014 beraten und **einstimmig** mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Erwin Huber**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/917, 17/1794

**Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie darüber zu berichten,

1. ob sich die Staatsregierung im Vorfeld der Genehmigung des Szenariorahmens zum Netzentwicklungsplan 2012 in irgendeiner Weise hinsichtlich des künftigen Stromverbrauchs, der Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien sowie zur installierten Leistung einzelner Energieträger in Bayern gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,
2. ob sich die Staatsregierung im Vorfeld der Bestätigungen der Netzentwicklungspläne I und II in irgendeiner Weise hinsichtlich der Notwendigkeit und der Ausgestaltung neuer Höchstspannungsleitungen gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,
3. ob sich die Staatsregierung seit der Übermittlung der bestätigten Netzentwicklungspläne an die Bundesregierung in irgendeiner Weise hinsichtlich der Notwendigkeit und der Ausgestaltung neuer Höchstspannungsleitungen gegenüber der Bundesnetzagentur oder den Übertragungsnetzbetreibern geäußert hat und wenn ja, wie,

4. ob sich die Staatsregierung im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesbedarfsplangesetz an irgendeiner Stelle für die grundsätzliche Möglichkeit einer Teilerdverkabelung eingesetzt hat und wenn ja, in welcher Form und mit welchem Inhalt,
5. weshalb die Staatsregierung im Bundesrat dem Antrag des Landes Niedersachsen, in dem eine grundsätzliche Möglichkeit der Teilerdverkabelung bei allen im Bundesbedarfsplangesetz genannten Vorhaben gefordert wird, nicht zugestimmt hat,
6. welchen Inhalt das in der Pressemitteilung des bayerischen Wirtschaftsministeriums vom 25. Februar 2014 erwähnte Schreiben des Wirtschaftsministeriums an die Bundesnetzagentur vom 16. Oktober 2013 hatte,
7. welche politischen Rahmenbedingungen sich zwischen dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 16. Oktober 2013 und der Bekanntgabe des Moratoriums beim Stromtrassenbau im Rahmen der Pressekonferenz der Leiterin der Staatskanzlei Haderthauer am 4. Februar 2014 konkret geändert haben, die zum Meinungsumschwung der Staatsregierung geführt haben,
8. inwieweit sich eine Verlangsamung des Tempos beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern auf den Bedarf neuer Höchstspannungsleitungen nach Bayern auswirken würde,
9. aus welchen Regionen in Deutschland überhaupt eine Höchstspannungsleitung nach Bayern möglich wäre, bei der man angesichts eines bundesweiten Anteils der Energieträger Braun- und Steinkohle von 45,2 Prozent an der Bruttostromerzeugung sicherstellen könnte, dass jeglicher Transport von Kohlestrom ausgeschlossen werden kann,
10. wie hoch angesichts der Tatsache, dass der nördliche Anschlusspunkt der Gleichstrompassage Süd-Ost in Sachsen-Anhalt liegt, aktuell der Anteil volatiler Erneuerbarer Energien und der Braunkohle am Stromverbrauch und der Stromerzeugung in Sachsen-Anhalt ist.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen - -

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, wir haben gerade ein Gesetz im Bereich der Erziehung verabschiedet. Vielleicht muss ich hier noch einmal darangehen. Ich schicke Ihnen in Zukunft alle Briefe und E-Mails zu und lasse sie von Ihnen beantworten.

Wir befinden uns in der Abstimmung über die Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltung? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Syrische Kontingentflüchtlinge: Versprechen halten, Wohnungen sofort bereitstellen!  
 Drs. 17/272, 17/1796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen  
 Drs. 17/682, 17/1790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart  
Drs. 17/873, 17/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf  
Drs. 17/917, 17/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anschluss von Neustadt a.d.Aisch an die Nürnberger S-Bahn  
Drs. 17/970, 17/1795 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Berthold Rüth u.a. CSU  
Umsatzbesteuerung von Schulessen bzw. Essen in Kindertagesstätten  
Drs. 17/981, 17/1793 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Nachhaltige und faire Beschaffung  
Drs. 17/1178, 17/1689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>